

**Wie ein AFD-Kommunalpolitiker sich von seiner Partei distanziert,  
sie unterstützt und sich larmoyant als Opfer der Kritik an ihm selber  
und der AfD darstellt und behauptet, er sei ein Demokrat.**

Danke, verehrte Besucher dieser Website, dass Sie bis hier durchgeklickt haben. Sollten Sie Spuren der AfD suchen, werden Sie hier fündig. Sie finden eine Diskussion mit einem lokalen AfD-Parteigenossen (Klaus-Dieter Heid), der zur Ortsgruppe der AfD des Landkreises Wolfenbüttel gehört. Er mag es überhaupt nicht, wenn ich ihn und die AfD kritisiere, auch mit seiner Bundes- und Landes-Partei identifiziert zu werden. Ich frage mich, warum er dann nicht austritt? Er steht übrigens dem skandalträchtigen Niedersachsen AfD-Pg. Armin-Paul Hampel nahe. Hampel gehört der „Goslarer Runde“ an, einem rechten Parteinetzwerk innerhalb der AfD. Kürzlich habe ich Heid im Fernsehen direkt neben Hampel gesehen. Er gehört offenbar auch zum „rechtsradikalen“ Bereich der Niedersachsen-AfD.

Der Anlass dieses Textes ist eine Beschwerde des Pg. Klaus-Dieter Heid an den Rat der Stadt Wolfenbüttel, dem ich die Schrift

**„Gemeinsame Erklärung gegen die AfD  
AfD - keine Alternative für Juden!**

(siehe unten) zugeschickt habe. Das hielt ich am Tag nach der Gedenkfeier zum Pogrom am hiesigen „Synagogenstein“ am 9./10. 1938 für wichtig und angemessen.

Als Bürger der Stadt Wolfenbüttel nehme ich mir das Recht heraus, mich per Email an alle Ratsmitglieder zu wenden, wenn ich es für erforderlich halte. Die Email-Adressen fast aller Abgeordneten sind auf der Website der Stadt Wolfenbüttel im Bürgerinformationssystem öffentlich zugänglich und nutzbar. Das passt dem Pg. Heid überhaupt nicht - und merkwürdigerweise auch nicht einigen Ratsherren in der CDU und in der SPD.

Ich nehme nicht nur das Recht der freien Meinungsäußerung wahr sondern halte mich auch an Äußerungen des Wolfenbütteler Bürgermeisters Thomas Pink:

*Eine lebendige Demokratie lebt von Einmischung. Sie lebt von Kritik und Vorschlägen.*  
BZ, 4.3.2017

*Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen, als Mahner und Erinnerer in dieser Stadt. Ihre Arbeit ist für uns sehr wichtig.*  
Persönlicher Brief, Dezember 2014

*Nur durch kritische und kontroverse Debatten, in denen unterschiedliche und gegensätzliche Meinungen ausgetauscht werden, entstehen Prozesse und Ergebnisse, die im besten Sinne demokratisch herbeigeführt und damit legitimiert werden.*  
WolfenbüttelRegional, 12.11.2018

**Hier die oben erwähnte Erklärung:**

**Gemeinsame Erklärung gegen die AfD  
AfD - keine Alternative für Juden!**

Die AfD versucht seit geraumer Zeit, mit ihrer vermeintlichen Verbundenheit mit dem Staat



Israel und ihrer angeblichen Sorge um die Sicherheit der Jüdischen Gemeinschaft in Deutschland zu punkten. Nun wird gar ein Arbeitskreis für Juden in der AfD gegründet. Nichts an der Politik der AfD solle die Jüdische Gemeinschaft beunruhigen, so der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland. Die vormalige AfD-Vorsitzende, Frauke Petry, behauptete, die AfD sei der „Garant jüdischen Lebens in Deutschland“. Wirklich?

Nein, die AfD ist keine Partei für Juden!

Wenn Juden auf die AfD als Garant für jüdisches Leben in Deutschland angewiesen wären, wäre es um das jüdische Leben hier schlecht bestellt. Die AfD ist eine Partei, in der Judenhass und die Relativierung bis zur Leugnung der Schoa ein Zuhause haben. Die AfD ist antidemokratisch, menschenverachtend und in weiten Teilen rechtsradikal. Allein der Blick auf die Ereignisse in Chemnitz sollte ausreichen, um zu erkennen, wes Geistes Kind die AfD ist. Dort marschierten Repräsentanten der AfD Seite an Seite mit Neonazis, Hooligans und Pegida-Anhängern. Sie scheuten sich nicht, mit Menschen, die den Hitlergruß zeigten, auf die Straße zu gehen. Aus diesem Klima des Hasses und des völkischen Denkens heraus wurde ein jüdisches Restaurant in Chemnitz angegriffen. Die AfD eine Partei der „besorgten“ Bürger? Nein, die AfD ist keine Partei für Demokraten!

Die AfD sät Hass und spaltet die Gesellschaft. Sie hetzt gegen Menschen und greift unsere Demokratie tagtäglich an. Die AfD radikalisiert sich zunehmend und schreckt nicht davor zurück, Geschichte umzuschreiben. Gauland nennt Hitler und die Nazis einen „Vogelschiss“ in der Geschichte. Gleichzeitig ist Gauland aber „stolz auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“. Björn Höcke, der AfD-Fraktionsvorsitzende im thüringischen Landtag, fordert eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad. Das Holocaust-Denkmal in Berlin bezeichnet er als „Denkmal der Schande“. Die AfD fordert in ihrem Wahlprogramm ein Verbot des koscheren Schächtens und der Beschneidung. Wer diese im Judentum fundamentalen Gebote zur Disposition stellt, der spricht Juden in Deutschland das Recht ab, in diesem Land zu leben. Soll das die Politik sein, die für Juden nicht beunruhigend sein soll?

Nein, die AfD ist eine Gefahr für jüdisches Leben in Deutschland!

Die AfD agitiert unumwunden gegen Muslime und andere Minderheiten in Deutschland. Dabei versucht die AfD, „die“ Muslime als Feinde der westlichen Welt oder „der“ Juden darzustellen. Muslime sind nicht die Feinde der Juden! Die Feinde aller Demokraten in diesem Land sind Extremisten, egal ob aus rechtsextremer, linksradikaler oder radikalmuslimischer Gesinnung heraus. Wir lassen uns von der AfD nicht instrumentalisieren. Gleichzeitig schwadroniert Wolfgang Gedeon davon, die deutschen Gerichte seien vom Zionismus beeinflusst und weder frei noch unabhängig. Juden würden eine „Sonderbehandlung“ vor deutschen Gerichten bekommen. Ist so eine AfD wählbar?

Nein, die AfD ist eine rassistische und antisemitische Partei!

Die AfD vertritt keinesfalls die Interessen der jüdischen Gemeinschaft. Eine Partei, die außer Hass und Hetze keinerlei gangbare Lösungen für die aktuellen Herausforderungen unserer Gesellschaft anzubieten hat, kann für niemanden eine Alternative sein. Kein Bürger dieses Landes, dem unsere Demokratie am Herzen liegt, kann sich mit dieser Partei identifizieren. Die Partei ist ein Fall für den Verfassungsschutz, keinesfalls aber für Juden in Deutschland. Die unterzeichnenden jüdischen Organisationen und Verbände rufen alle demokratischen Kräfte innerhalb und außerhalb der jüdischen Gemeinschaft auf, sich gemeinsam offen und sichtbar gegen jede Form von antidemokratischem, antisemitischem, rassistischem und völkischem Gedankengut zu engagieren!

## Die Unterzeichner:



## Mein Anschreiben an alle Mitglieder des Rates der Stadt Wolfenbüttel:

Sehr geehrte Damen und Herren,  
in der Anlage erhalten Sie eine von vielen Organisationen getragene Stellungnahme zum  
Thema "Juden und AfD".  
Freundliche Grüße,  
Jürgen Kumlehn (9.11.2018)  
Erinnerer

## Die Antwort von Klaus-Dieter Heid, einer von vier AfD-Ratsherren im Rat der Stadt Wolfenbüttel; Heid ist auch Mitglied des Kreistages. (11.11.2018)

Sehr geehrte Damen und Herren - und Herr Kumlehn!

Die Unerträglichkeit der privaten "Kriegführung" des Herrn Kumlehn, der nicht müde wird,  
den Rat der Stadt Wolfenbüttel mit seiner aufgeweichten "Munition" zu "beschießen", ändert  
rein gar nichts an meiner und an unserer Position, dass die AfD eine demokratisch gewählte  
Partei ist, die von deutlich über zehn Prozent der Bevölkerung zur Mitsprache in den Parla-  
menten beauftragt wurde.

Es ist absurd, der AfD und somit auch mir und meinen Fraktionskollegen eine negative Haltung zu Juden und/oder zum Judentum vorzuwerfen. Ich verwahre mich gegen Anschuldigungen, die auch aufgrund meiner persönlichen Geschichte vollkommen abstrus sind und lediglich dem Befriedigen eines verqueren Denkens des Herrn Kumlehn dienen. Aus meiner Sicht gibt es kommunale Probleme und Aufgaben, denen sich der Rat zu widmen hat. Das Bespielen des Herrn Kumlehn sollte nicht zu Lasten des Steuerzahlers fortgeführt werden.

Selbstverständlich bekennt sich die AfD zur historischen Bedeutung des Judentums in Deutschland. Sie bekennt sich zu einer christlich-jüdisch geprägten und gewachsenen Geschichte, zu den von Deutschen gegangenen Massenmord an Juden und zur historischen Verantwortung unserer Nation. Die AfD - und selbstverständlich auch unsere Fraktion und ich - stehen zu dieser Verantwortung und lehnen jede Form von Verharmlosung dieser Gräueltaten entschieden ab. Gleiches gilt für rassistische Attacken gegen Juden, unabhängig, ob diese nun von geistig armen deutschen Rassisten oder von judenhassenden Radikal-Islamisten begangen wurden.

Die ewige Belästigung durch Herrn Kumlehn sollte nicht weiterhin über die "Zeit-Brücke" der Stadtverwaltung und der Ratsmitglieder befördert werden, da ansonsten der Verdacht bleibt, dass man die Stadtverwaltung erfolgreich nutzen kann, um durch sie Anti-AfD-Wahlkampf zu betreiben.

Mit freundlichem Gruß verbleibt  
Klaus-Dieter Heid

### **Meine Antwort** (11.11.2018)

Herr Heid,  
auch wenn es mir schwer fällt: Ich muss Sie loben. Ich bitte Sie inständig, dass Sie Ihren Vorschlag betreffs meiner Schreiben zum Erfolg führen. Was Besseres könnte mir politisch ja nun gar nicht passieren. Übrigens: Briefe, die im Rathaus-Briefkasten landen, können nur aufgehoben werden, wenn in Wolfenbüttel die Zensur wieder eingeführt wird. Vielleicht ergänzen Sie Ihren Antrag mit diesem Hinweis: Zensur wieder einführen! Sie würden mich dann sogar übergücklich machen.  
Machen Sie weiter so und danke für Ihre Unterstützung!  
J.K.

### **2. Antwort Heid** (12.11.2018)

Herr Kumlehn,  
fällt Ihnen Ihre Durchsichtigkeit nicht selbst auf? Merken Sie nicht, wer hier wem hilft? Sie jedenfalls helfen einem Deutschland, das Ehrlichkeit und Überzeugung braucht, kein bisschen. Insofern mögen Sie Ihre Spielchen weiterspielen, die - neben Ihnen selbst - keinem sonderliches Vergnügen bereiten.  
Nur so weiter, bester Herr Kumlehn!  
Heid

### **Meine 2. Antwort an Heid** (12.11.2018)

Ihre Hinweise zu Ihrem Verhältnis zum NS und zu Juden mag ich ja sogar - ich habe das schon mal ausgedrückt - durchaus annehmen. Sie sind nun aber Mitglied der AfD, und als

das bewerte ich Sie und Ihre hiesigen Parteigenossen. Vielleicht sind Sie ja nur wenig über die Bundes-AfD informiert ... Ich helfe Ihnen gern mit meinen inzwischen sechs Ordnern mit Sammlungen. Herr A. und ich hätten ja Ihr "Gesprächsangebot" gern angenommen. Ich hatte mir allerdings vorbehalten, erstmal Höckes Buch zu lesen. Das habe ich nun schon zum zweiten Mal getan. Haben Sie es auch gelesen? Bekennen Sie sich vollauf zu den Inhalten dieses unbedingt zu bekämpfenden Mannes, der das Buch als Schafsfell übergezogen hat. Wären Sie in Chemnitz mitmarschiert?

Wie wäre es, wenn Sie mich (siehe D. S.) auch wegen "Volksverhetzung" anzeigen? Das wäre mindestens so gut wie Ihre Forderung nach Zensur und würde mir noch mehr "Follower" bereiten.

Ich wünsche Ihnen alles Gute, wenn Sie vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

J.K.

Widerstandskämpfer gegen die AfD

PS:

Schön zu hören, dass die AfD nun auch bei ganz normalen Partei-Verhalten angekommen ist. Spendenskandale müssen irgendwie anziehend sein - auch die anderen finanziellen Verfehlungen.

### **Bisheriges Ende der Kommunikation.**

Annegret Kramp-Karrenbauer dem Nachrichtenportal "t-online" in einem am Montag (12.11.2018) veröffentlichten Interview zur AfD:

*Sie hat keinerlei Distanz zum radikalen rechten Rand. Sie relativiert die deutsche Geschichte. Sie bietet fremdenfeindlichen und antisemitischen Positionen eine Heimat. Deshalb werde ich mich mit aller Kraft gegen jede Zusammenarbeit stemmen.*

Es nütze der CDU nichts, den Ton zu verschärfen, wenn sie Wähler von der AfD zurückzugewinnen wolle, sagte Kramp-Karrenbauer weiter. *Es hilft nicht, Vokabeln der AfD zu übernehmen.* Politik müsse stattdessen über einen längeren Zeitraum beweisen, dass Ängste der Menschen unbegründet seien.